



Die SPD bleibt stark!

Liebe Genossinnen und Genossen,

die SPD in Nordrhein-Westfalen hat sich nach der Niederlage bei der Landtagswahl am 22. Mai rasch neu aufgestellt. Wir werden die Rolle der Opposition im Düsseldorfer Landtag selbstbewusst und kämpferisch annehmen. Die bevorstehende Bundestagswahl lässt keine Verschnaufpause zu. Wir sind gefordert. Und wir werden für unsere politischen Konzepte werben. Weil sie sich deutlich absetzen von den markradikalen Ideen von Union und FDP. Und weil sie gerade auch für die Kommunen die überzeugenderen und besseren Lösungen darstellen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir lassen uns nicht verunsichern. Die SPD ist und bleibt eine starke Partei in Nordrhein-Westfalen. Das haben nicht zuletzt die Kommunalwahlen im vergangenen Herbst gezeigt. Wir haben in zahlreichen Städten klar gewonnen und die CDU-Mehrheit im Regionalverband Ruhr wurde gebrochen. Die SPD trägt an vielen Stellen sehr konkrete Verantwortung für Nordrhein-Westfalen.

Ich bin fest davon überzeugt, dass die SPD über ihre Stärke in den Städten, Gemeinden und Kreisen rasch wieder zur Regierungsverantwortung im Land gelangen wird. Dazu möchte ich beitragen. Und meine Erfahrungen aus langjähriger haupt- und ehrenamtlicher Tätigkeit in der Kommunalpolitik sind da sicher hilfreich. Ich zähle in ganz besonderer Weise auf diejenigen, die in den Kommunen die Fahne der SPD hochhalten. Im Wahlkampf habe ich wie Peer Steinbrück und viele andere die Erfahrung gemacht: Die SPD verfügt vor Ort über viele Talente, die mittelfristig eine wichtige Funktion in der Partei übernehmen können. Die Junior-SGK und auch die Kommunalakademie leisten eine herausragende Arbeit. Sie sind die Gewähr dafür, dass die SPD auch künftig kraftvoll und selbstbewusst auftritt.

Kraftvoll und selbstbewusst werden wir uns auch mit der neuen Regierung in Düsseldorf auseinandersetzen. Der vorliegende Koalitionsvertrag bietet gerade auch mit Blick auf die Kommunalpolitik erhebliche Angriffsfläche. Wir werden Widerstand leisten gegen die geplante Einschränkung der wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen. CDU und FDP wollen die Verantwortung für Langzeitarbeitslose ohne gesicherte Finanzierung wieder an die Städte und Gemeinden abschieben. Auch das werden wir nicht zulassen. Die SPD hat durchgesetzt, dass sich die Perspektive für Langzeitarbeitslose verbessert hat. Ihre Betreuung durch die Bundesagentur für Arbeit wird dazu beitragen, dass ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt deutlich steigen.

Wir werden uns auch allen Versuchen der Düsseldorfer Koalition entschieden widersetzen, die Gewerbesteuer abzuschaffen. Die SPD in Nordrhein-Westfalen steht für gesicherte Kommunalfinanzen. Und längst machen auch Kommunalpolitiker der Union gegen die Gewerbesteuer-Pläne von Herrn Rüttgers und Frau Merkel mobil.

Es knirscht im Gebälk der CDU. Eine „Politik aus einem Guss“, wie sie seitens der Union seit neuestem propagiert wird, sieht anders aus. Wir wollen und müssen auf die Widersprüche der politischen Konkurrenz hinweisen und sie zu klaren inhaltlichen Positionen zwingen. Dann wird sehr rasch sichtbar werden, wer die Interessen des Landes, der Kommunen und der Bürgerinnen und Bürger vertritt.

Euer

Jochen Dieckmann

INHALT

	Seite
■ Bund lässt Kommunen nicht im Stich	2
■ Offensiv und Pressing – Die neue Landtagsfraktion	3
■ Koalitionsvertrag: wenig Gutes für Kommunen	5
■ Neue SGK-Arbeitsstruktur: Fünf Projektgruppen	7
■ Im Gespräch: Marc Herter, SPD-Fraktionsvorsitzender in Hamm	8

Reaktionen auf den Koalitionsvertrag von CDU und FDP:

„Neue Koalition begeht Verrat an den Kommunen“

Auf heftige Kritik stößt die Koalitionsvereinbarung von CDU und FDP bei Dr. Gerhard Langemeyer, Oberbürgermeister der Stadt Dortmund und Vorsitzender der SGK NRW. Langemeyer sieht in vielen Punkten des Koalitionsvertrages „einen Verrat an den Kommunen“. Er habe zu seinem großen Bedauern feststellen müssen, dass offenkundig die Kommunalpolitiker der CDU nicht mit am Tisch saßen und der Junior-Partner FDP den Ton angebe. Anders sei nicht zu erklären, dass die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen drastisch eingeschränkt, die Gewerbesteuer abgeschafft und die Langzeitarbeitslosigkeit kommunalisiert werden solle.



Dr. Gerhard Langemeyer:

„Ich sehe nicht, mit welcher Steuer der Interessensverband zwischen Kommunen und örtlicher Wirtschaft besser sichergestellt werden kann.“

Es sei bisher Konsens der großen Parteien in den Kommunen gewesen, dass im Rahmen der Liberalisierung der Märkte in Europa die kommunale Wirtschaft im Bereich der Daseinsvorsorge eher mehr als weniger Handlungsspielräume erhalten müsse. „Wir wollen Chancengleichheit und keine neuen Fesseln.“, betont Langemeyer. Mit einer Beschränkung der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen würden tausende von Arbeitsplätzen in den städtischen Gesellschaften und in der heimischen Wirtschaft gefährdet. Es bestünden zahlreiche Kooperationen mit dem örtlichen Handwerk und mittelständischen Unternehmen, die man erhalten und ausbauen wolle.

Fortsetzung auf Seite 2